

04523-0001-000

Datum .....

Hamburgisches  
Welt-Wirtsch.-Archiv

P Ehards  
Hi

# Hamburger Freie Presse

№ 1 5

22. Feb. 1947

## Politische Rundschau

### „Vornehmlich“ Sache des Reiches!

Gelegentlich einer Konferenz der Ministerpräsidenten, Wirtschafts- und Arbeitsminister aus den Ländern der beiden westlichen Zonen gab der bayerische Ministerpräsident Dr. Ehards einem Vertreter der „Rheinischen Post“ ein Interview. Das Blatt überschreibt seinen Bericht mit den freundlichen Worten „Bayern für die Reichseinheit“; bei Licht besehen scheinen einzelne Äußerungen Dr. Ehards diese optimistische Auffassung doch nicht ganz zu rechtfertigen. Da war unter anderen die Frage gestellt: Wie steht Bayern zu dem Grundsatz der Weimarer Verfassung „Reichsrecht bricht Landesrecht“? Die Antwort Dr. Ehards geht mit Recht von der Tatsache aus, daß es in Wirklichkeit heute kein Reich mehr gibt und daß deshalb die Kompetenzen zwischen Reich und Ländern neu abgegrenzt werden müssen. Dr. Ehards fährt dann fort: „Gewisse Fragen allerdings, wie zum Beispiel die der auswärtigen Beziehungen Deutschlands, werden vornehmlich dem Reich vorbehalten bleiben.“

Dieses „vornehmlich“ klingt sehr vielversprechend. Man sollte meinen, daß es unbeschadet aller föderalistischen Grundlagen des künftigen deutschen Bundesstaates über die Einheitlichkeit gerade der Außenpolitik keinen Zweifel geben könne. Der bedeutungsvolle Vorbehalt, der in Dr. Ehards „vornehmlich“ liegt, scheint dem Düsseldorfer Blatt nicht recht zum Bewußtsein gekommen zu sein. Wer die neue bayerische Verfassung aufmerksam gelesen hat, wird sich freilich nicht wundern; denn ihr Artikel 181 besagt genau dasselbe: „Das Recht des bayerischen Staates, im Rahmen seiner Zuständigkeit Staatsverträge abzuschließen, bleibt unberührt.“ Man wird darnach der künftigen Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Reich und Ländern mit einiger Spannung entgegensehen dürfen.

Eine präzise Antwort auf die Frage, wie Bayern zu dem Grundsatz „Reichsrecht bricht Landesrecht“ steht, hat Dr. Ehards umgangen. Durchaus im Sinne der bayerischen Verfassung; denn während sich die württembergische und die hessische Verfassung ausdrücklich zu diesem Satz bekennen, sucht man ihn in der bayerischen vergebens.

F. M.

*P. Ehard  
H. Han*

Hamburgisches  
Welt-Wirtschafts-Archiv

**Die Welt / Hamburg**

04523-0002-000

**№ 89 - Nachrichten für**  
**24. Dez. 1946**

**Dr. Hans Ehard**

Der neugewählte bayrische Ministerpräsident Dr. Hans Ehard wurde am 10. November 1887 als Sohn des Stadtkämmerers Georg Ehard in Damburg geboren. Nach dem Besuch der Volksschule und des humanistischen Gymnasiums studierte er in München und Würzburg Jura und promovierte 1912 zum Dr. jur. 1919 legte er die große Staatsprüfung für den bayrischen Justiz- und Verwaltungsdienst ab.

Am 1. September 1919 wurde Dr. Ehard als 3. Staatsanwalt in das bayrische Justizministerium berufen und war hier nacheinander als Amtsrichter, 2. Staatsanwalt und Oberregierungsrat tätig. 1933 wurde er zum Ministerialrat ernannt. 1933 mußte Dr. Ehard als Nicht-Pg. aus dem Ministerium ausscheiden und arbeitete als Senatspräsident an einem Oberlandesgericht sowie als Vorsitzender eines Erbhofgerichts.

Ministerpräsident Dr. Ehard war nach der Niederwerfung des Hitler-Putsches 1923 als Untersuchungsführer im Hitler-Prozeß tätig und galt hier, wie er erklärte, als der meist gehaßte Mann. Er veröffentlichte mehrere Fachbücher über Justiz- und Verwaltungsfragen.

1945 wurde er in das Kabinett Hoegner als Staatssekretär im Justizministerium berufen.

Dr. Ehard war bis 1933 Mitglied der bayrischen Volkspartei und gehört der CSU an.

# Hamb. Allgemeine Zeitung

04523-0003-000

Nr 70

vom

- 2. Sep. 1947

## Dr. Ehard über Initiative

Landesversammlung der CSU tagte

Eichstätt, 1. 9. (dpd). Auf der am letzten Wochenende in Eichstätt durchgeführten Landesversammlung der CSU legte der bayrische Kultusminister Dr. Hundhammer ein ausführliches Wirtschafts- und Sozialprogramm vor, dessen strikte Durchführung er mit der für seine Person gestellten Vertrauensfrage verband. Vorher hatte der bayrische Säuberungsminister Dr. Hagenauer das Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus kritisiert und mitgeteilt, daß man an General Clay herangetreten sei, um ein beschleunigtes Verfahren in der Entnazifizierung zu erreichen. Dr. Hundhammer wurde mit 323 gegen 154 Stimmen bei 25 Stimmenthaltungen das Vertrauen der Landesversammlung der CSU in geheimer Abstimmung ausgesprochen. Gleichzeitig wurde dem Parteivorsitzenden Dr. Josef Müller mit 308 gegen 192 Stimmen bei zehn Stimmenthaltungen das Vertrauen ausgesprochen.

Die grundsätzlichen Gedanken, die die Politik der bayrischen Regierung leiten, legte der bayrische Ministerpräsident in einer zweistündigen Ansprache dar. Er nahm in seinem Bericht zu dem von alliierter Seite vorgebrachten Vorwurf Stellung, daß es den Deutschen an Initiative fehle. Es sei für die deutschen Länderregierungen sehr peinlich, daß der Alliierte Kontrollrat die von der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz beauftragte Abordnung nicht empfangen könne. Die sich daraus ergebende Lage könne nur deshalb ertragen werden, weil es sich hierbei offensichtlich um einen „Ausfluß von internationalen Vorgängen“ handle, auf die die deutschen Regierungen keinen Einfluß hätten. „Hier sehen Sie“, so sagte er, „die Geschichte einer deutschen Initiative.“

Dr. Ehard setzte sich mit sozialistischen Gedanken auseinander und stimmte der Notwendigkeit zu, eine Planwirtschaft durchzuführen. „Der Staat kann sich heute der Verpflichtung nicht entziehen“, führte er aus, „regierend in die wirtschaftlichen Verhältnisse mit einzugreifen. Aber es kommt auf die Dosierung dieses Eingreifens und auf die Zielsetzungen an. Es gibt Wege, die Mißbräuche kapitalistischer Wirtschaftsmethoden abzustellen, ohne auf kollektivistische Bahn zu geraten.“ Dr. Ehard schloß mit einem Appell zur Einigkeit an seine Parteifreunde. Die Versammlung sprach ihm einstimmig das Vertrauen aus.

Abschließend sprach der bayrische Wirtschaftsminister Dr. Baumgartner über Fragen der Landwirtschaft. Auch ihm wurde (bei 3 Stimmenthaltungen) das Vertrauen ausgesprochen.

*P Ehard*  
Hamburgisches  
Welt-Wirtschafts-Archiv

# Die Welt / Hamburg

Nr 3

04523-0004-000

Nachrichten für Auf  
7. Jan. 1947

Nr. ....

## Knappe Mehrheit für Dr. Ehard

Von unserem Berichterstatter

J. A. München, 6. Januar

Die Tatsache, daß der Landesvorsitzende der Christlich-Sozialen Union, Dr. Joseph Müller, als Kandidat für den Posten des Ministerpräsidenten bei der Abstimmung im Parlament unterlag, weil ihm ein großer Teil seiner eigenen Fraktion die Gefolgschaft verweigerte, zeigte bereits die weitgehende Spaltung, die in der stärksten Partei Bayerns eingetreten ist.

Auf der CSU-Tagung in Augsburg mußte sich Dr. Ehard gegen die heftige Kritik der nordbayrischen Delegierten verteidigen. Er bat, im Hinblick auf die Not des Landes, um Unterstützung seines Koalitionskabinetts. Mit 52 gegen 51 Stimmen wurde ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung abgelehnt. Eine Entschlie-ßung wurde mit 59 gegen 42 Stimmen angenommen, daß das Kabinett Ehard unterstützt werden müsse. Allerdings er-gebe sich die Notwendigkeit, die noch nicht besetzten Regierungsposten Ver-tretern des linken Flügels der CSU zu übertragen, der sich um Dr. Müller sammelt.



## Tägliche Rundschau (Berlin)

263

Nr. vom 9. Nov. 1947

04523-0005-000

### Ein „Retter“ des Abendlandes

Ministerpräsident Dr. Ehard als Nazirichter und antikommunistischer Held

Ohne Glacéhandschuhe — so soll der von Amerikanern in Deutschland proklamierte Feldzug gegen die Kommunisten geführt werden. Und die ersten, die die Handschuhe ausgezogen haben, sind natürlich die ehemaligen Nazis. Sie brauchen ja dazu auch gar nicht umzulernen. Sie brauchen nur ihr altes Vokabular hervorzuholen und ein paar Exemplare des „Reichs“, des „Angriffs“ und des „VB“, dann haben sie Material genug und können sich wieder in ihrem Element fühlen, damals im Dienst des deutschen, jetzt im Dienst des amerikanischen Monopolkapitals.

Von der Einfachheit dieses Rezepts verblüfft, hat sich auch eine Prominenz aus Bayern schleunigst wieder auf das antikommunistische Schlachtroß geschwungen. Der alte Schinder war zwar 1945 schon ziemlich zu Schanden geritten, aber da er ja Dollars und Care-Pakete genau so gern frisst wie früher die Handschreiben von Goebbels, Kriegsverdienstkreuze und Rittergüter im Osten, hat er sich schon ganz gut erholt. Auf ihm sitzend, läßt sich's heute wieder, wie es weiland Dr. Goebbels tat, von der „bolschewistischen Ge-

fahr“ und der „Rettung des Abendlandes“ in die Welt trompeten.

Und so tat es auch, wie DENA berichtet, besagte Prominenz aus Bayern — der Herr Ministerpräsident selbst. Ist es doch erst vier Jahre her, daß dieser bayrische Kämpfe als Senatspräsident und Vorsitzender des Erbhofgerichts beim Oberlandesgericht München die Beschwerde eines Bauern mit folgender im Urteil niedergelegten Begründung zurückwies: „Zu allem kommt aber noch, daß der Beschwerdeführer, der in der Rätezeit 1919 sich als Landtagsabgeordneter der USPD betätigt hat, nach den vom Kreisbauernführer vorgenommenen Erhebungen in politischer Beziehung eine äußerst unzuverlässige Person ist.“

USPD! Stellen Sie sich vor, das ist ja noch linker als SPD — das ist ja fast Kommunismus! Unter diesen Umständen kann man es einem braven Senatspräsidenten des Dritten Reiches wirklich nicht verübeln, daß er im Jahre des Heils 1943, über soviel Gefahr für das Abendland erschrocken, schnell seine Unterschrift unter das Urteil setzt. Und da steht sie denn auch: München, den 4. August 1943 — Dr. Ehard, Senatspräsident. H.E.

P Ehard  
b.

# Die Welt (Hamburg)

04523-0007-000  
№ 69 • 14. Juni 1947!

## Ehard über die Münchner Konferenz

Von unserem Berichterstatter

J. A. München, 13. Juni

Ministerpräsident Dr. Ehard wird am Sonnabend im Rundfunk einen Rückblick über die Konferenz der Ministerpräsidenten geben. Er wird hierbei, so erklärt die Staatskanzlei, auch auf die Vorwürfe eingehen, er habe es durch sein ablehnendes Verhalten den Regierungschefs der Ostzone unmöglich gemacht, an der Konferenz teilzunehmen.

# INTERPRESS

Hamburg 1, Speersort 1, Pressehaus · Ruf 321004 und 332512  
Drahtanschrift: Interpress Hamburg · Lizenz 223 der brit. Militär-  
regierung · Bank: Nordd. Bank Hmb. · Postscheck: Hmb. 1367 44

## INTERNATIONALER BIOGRAPHISCHER PRESSEDIENST

04523-0009-000

Ausgabe Politik

80/1949

Hans Ehard

Parteichef des Ausgleichs?

Die Mehrheit des CSU-Landesvorstandes sprach sich für eine vorläufige Übernahme der Stellung des Landesvorsitzenden durch Ministerpräsident Dr. Ehard aus.

(Interpress) - Die Karikatur hat dem Bamberger Stadtkämmerer-  
sohn, der wie ein Vierziger aussieht und doch schon 61 ist, ei-  
nen Regenschirm in die Hand gedrückt: als Symbol des Ausgleichs  
über den internen Gegensätzen, die seit langem das Familienver-  
hältnis der Christlich-Sozialen in Bayern charakterisieren. Die  
erschütterte, umstrittene Stellung des Parteichefs Josef Müller,  
mit dessen Wiederwahl im Frühling an der Isar kaum noch jemand  
rechnet, vergrößert nun die Aussichten des bayerischen Mini-  
sterpräsidenten, seinen vermittelnden Einfluss nicht nur aus  
dem Hintergrund, sondern als künftiger Kopf der Partei auch  
von amtswegen auszuüben. Man sieht zwar ein, dass eine Perso-  
nalunion zwischen dem Posten des Ministerpräsidenten und dem  
des Landesvorsitzenden keine glückliche Lösung darstellt. Aber  
neutrale Persönlichkeiten vom Format Dr. Ehards sind keine  
Dutzenderscheinungen. Und für die CSU ist das Problem des Par-  
teichefs soviel wie eine Lebensfrage.

Es erleichtert das Verhältnis seiner klugen und scharfen,  
fast unbayerischen Gesichtszüge um einiges, wenn man erfährt,  
dass Dr. Hans Ehard hervorragender Berufsjurist ist. Er legte  
von 1919 bis 1933 eine hoffnungsvolle Laufbahn im süddeutschen  
Justizdienst zurück. Dabei hatte er sich als Untersuchungs-  
führer und zweiter Anklagevertreter im Hitler-Prozess von 1923  
die Nationalsozialisten zu erbitterten Feinden gemacht. Nach  
jahrelanger Tätigkeit als Richter wurde Ehard, der mit wissen-  
schaftlichen Arbeiten in der Fachwelt hervortrat, Ministerial-  
rat im Justizministerium. Politisch stand er der Bayerischen  
Volkspartei nahe. 1933 musste er das Ministerium verlassen, aber



Ehard 2

sein Ruf als Jurist war so bedeutend, dass er politisch nur durch Versetzung an das Oberlandesgericht als Vorsitzender eines Zivilsenats und des Erbhofgerichtes kaltzustellen war. 1945 tauchte er auf dem rechten Flügel der CSU auf, von wo aus er Ende 1946 im Landtag auf den Posten des Ministerpräsidenten gewählt wurde, nachdem der Fraktionsführer selbst an der Opposition aus den eigenen Reihen gescheitert war. Im Zusammenhang mit den föderalistischen Plänen des "Ellwanger Kreises" wurde wiederholt sein Name genannt, wenn er auch, wie sein Auftreten als Vorsitzender des Länderrates im ersten Vierteljahr 1948 bewies, kein radikaler Vertreter blau-weisser Interessen ist.

Der Goethe-Verehrer und Hausmusikant, dessen Lieblingsneigungen schwanken zwischen Autofahren und historischem Studium, ist kein Politiker aus Leidenschaft. Sein erster heimlicher Berufswunsch war, Arzt zu werden. Vielleicht ist es diese unbürokratische, menschlich-warme Note, die es Ehard bisher noch immer gelingen liess, auch in der Politik die Wogen der Leidenschaft zu glätten. Sie würde der Aufgabe des vermutlichen künftigen CSU-Parteichefs eine gute Chance des Gelingens bieten. Für spätere "bessere" Zeiten hat er zwei Wünsche: Bücher zu schreiben. Eines über die Erfahrungen eines Richters und Politikers, ein anderes über Amerika, -- das er aus eigener Anschauung allerdings noch nicht kennt.

18. 3. 1949



Ehard 3

Ehard, Hans, deutscher Staatsmann. - Geb. 10. August 1887 in Bamberg als Sohn des Stadtkämmerers A. Georg Ehard, Besuchte Volksschule und humanistisches Gymnasium. Studium der Rechte an den Universitäten München und Würzburg. 1912 Promotion zum Dr. jur. Kriegsteilnehmer 1914-18. 1919 grosse Staatsprüfung für den bayerischen Justiz- und Verwaltungsdienst. 1. September 1919 Dritter Staatsanwalt. 1924 im Hitler-Prozess neben dem Oberstaatsanwalt als Untersuchungsleiter und Anklagevertreter tätig. Später Amtsrichter, Zweiter Staatsanwalt, Regierungsrat. 1931 Ministerialrat im bayerischen Justizministerium. Bis 1933 Mitglied der Bayerischen Volkspartei. 1933 wegen seiner politischen Einstellung aus dem Ministerium entfernt, als Senatspräsident an das Oberlandesgericht München versetzt. Vorsitzender eines Zivilsenats und eines Erbhofgerichtes. Nach dem Zusammenbruch 1945 Mitglied der CSU. 1945 Staatssekretär im bayerischen Justizministerium. 1946 Mitglied der Bayerischen Verfassunggebenden Versammlung und des Verfassungsausschusses. Mitglied des Bayerischen Landtags für den Stimmkreis Bamberg-Stadt seit 1. Dezember 1946. Am 20. Dezember 1946 mit 121 von 147 Stimmen zum Ministerpräsidenten des Landes Bayern gewählt. Erliess im Mai 1947 eine Einladung an die deutschen Ministerpräsidenten aller vier Besatzungszonen zu einem Treffen in München, das am 6. und 7. Juni 1947 stattfand. Seit November 1945 Vertreter Bayerns im Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes, seit Februar 1948 im Länderrat des Wirtschaftsrates des vereinigten Wirtschaftsgebietes. - Veröffentlichte mehrere Fachbücher über Justiz- und Verwaltungsfragen; ausserdem "Die europäische Lage und der deutsche Föderalismus", 1948. - verheiratet; ein Sohn. - Anschrift: (13b) München, Staatskanzlei, Prinz-Regentenstrasse 7, Ruf 31 610; privat: (13b) München 23, Isoldenstrasse 3, Ruf 34 823. Interpress (Hamburg) 18.3.49

## Hamburger Echo

150

Nr. vom

04523-0012-000

### Brief aus Bayern

## Ehards Gebäude gerät ins Wanken

Ratlosigkeit innerhalb der bayrischen CSU — Heftige Kämpfe stehen bevor.

Von unserem bayrischen Korrespondenten

H. Pf. München, 29. April

Als seinerzeit das Veto der Alliierten gegen das Kompromiß des Fünferausschusses in Bonn erfolgte, zeigten sich die bayrischen Politiker der CDU einschließlich des Ministerpräsidenten, Dr. Hans Ehard, sehr zufrieden mit dieser Lösung, hoffte man doch, mit diesem Einspruch das letzte „Zentimeterchen“ durchzusetzen, um die künftige Bundesgestalt zu zimmern. Man nahm an, nun könne nichts mehr passieren.

Aus diesen Erwägungen heraus lehnte Dr. Ehard die „ultimativen Forderungen“ der SPD scharf ab, und noch am vergangenen Sonnabend, als sich bereits die neuen Aspekte für eine Kompromißformel abzeichneten, war Dr. Ehard noch keineswegs davon unterrichtet und glaubte an keinen „Umfall“ der Alliierten. Er glaubte um so weniger daran, als dadurch sein ganzes, so sorgfältig zusammengefügtes, Gebäude einstürzen mußte.

Wie ein Blitz aus heiterem, weißblauem Himmel traf darum die Nachricht von den Vorgängen in Bonn, die innerhalb 48 Stunden zu einer Einigung zwischen den Parteien unter sich und den Militärregierungen führten. Dr. Ehard und die CSU sind dadurch in eine äußerst peinliche Situation gekommen. Bereits die Sondersitzung der CDU/CSU in Königswinter deutete die schwierige Lage der CSU an. Dazu erklärte der bayrische Ministerpräsident Dr. Hans Ehard in einer Pressekonferenz: „So wie es jetzt ist, glaube ich nicht, daß man vom Standpunkt eines föderativen Aufbaus zustimmen kann.“

### Der drohende bayrische Löwe

Politisch befindet sich die CSU vor folgender Fragestellung: „Nehmen wir das jetzt zustande gekommene Kompromiß an, so haben wir bei unseren Wählern damit zu rechnen, daß sie uns einen ‚Umfall‘ vorwerfen und wir uns dem ‚Diktat der SPD‘ gebeugt hätten.“ Im Hintergrund steht dann die Bayern-Partei, gegen deren Agitation, die sie weidlich betreiben wird, wir uns kaum wehren können. Sagen wir aber „Nein“, so befinden wir uns heftigen Angriffen der SPD gegenüber, die dann behauptet, wir segelten im Schlepptau der Bayern-Partei. In scharfer Form hat der Landesvorsitzende der SPD in Bayern, Waldemar von Knoeringen, diesen Kampf gegen die Kirchturmpolitik der CSU und ihrer Regierung bereits angekündigt.

Die Ratlosigkeit in den Reihen der CSU ist erheblich. Es zeigt sich jetzt, daß die Kompromißpolitik Dr. Ehards gegenüber der Bayern-Partei der CSU selbst zum Verhängnis wird. Hier nützt auch kaum eine Solidaritätserklärung, die von Dr. Müller

bis Dr. Hundhammer geht. Die Grenzpfähle um die Auseinandersetzung, die Form des zukünftigen Bundes betreffend, sind gesteckt, und es besteht kein Zweifel, daß diese Auseinandersetzung in Bayern besonders heftig sein wird.

Die Bayern-Partei jedenfalls hat sich durch ihren Landesvorsitzenden, Dr. Josef Baumgartner, erneut mit einem klaren „Nein“ und der Forderung nach einem selbständigen „Freien Bayern“ gemeldet. Sie spricht der CSU „weder die Macht noch das Recht noch die Fähigkeit zu, in Bonn Hoheitsrechte des bayrischen Staates zu retten oder preiszugeben“. Dr. Baumgartner forderte vielmehr über den Rundfunk nicht nur die Auflösung des Bayrischen Landtags, sondern auch die sofortige Zurückziehung der bayrischen Vertreter aus Bonn, da diese keine Aktivlegitimation besäßen, „die Selbständigkeit Bayerns mit Hilfe der Reichsparteien zu vernichten“.



04523-0013-000

## Hamburger Echo

63

### Dr. Ehard im Fahrwasser Hundhammers

Pf. München, 30. Mai.

In einer Kampfabstimmung wählte die Landesversammlung der CSU, die über das Wochenende in Straubing in Niederbayern tagte, den bisherigen Landesvorsitzenden Dr. Josef Müller nicht wieder, sondern übertrug mit 396 gegen 151 Stimmen dieses Amt dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard.

Der Abstimmung ging eine außerordentlich heftige Debatte mit Beifallskundgebungen einerseits und Tumulten andererseits voraus, vor deren Beginn die Presse ausgeschlossen wurde.

Durch die Wahl des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Ehard zum Landesvorsitzenden der CSU ist in Bayern eine Entscheidung gefallen, deren Ausmaß noch nicht voll abzuschätzen ist. Das, was der extrem föderalistische Politiker Dr. Hundhammer nach der Niederlage Dr. Müllers erklärte, daß „dies der schönste Tag seines Lebens“ sei, läßt die Richtung erkennen, in der die CSU weiter marschieren will.

Äußerungen des geschlagenen Parteivorsitzenden Dr. Müller und seiner Freunde deuten darauf hin, daß dieser sich mit seiner Niederlage nicht abfinden, sondern den Kampf gegen Dr. Ehard und Dr. Hundhammer aufnehmen wird. Dieser Kampf kann nicht geführt werden, ohne daß er Rückwirkungen auf das bayerische Kabinett hat, dessen Mitglied Dr. Müller selbst ist. Schon zwölf Abgeordnete für Dr. Müller genügen, um den Sturz der bayerischen Regierung bzw. eine Landtagsauflösung herbeizuführen. Das bisher instabile Verhältnis einer permanenten Regierungskrise in Bayern ist — und das ist auch den Delegierten, die für Dr. Ehard stimmten, klar — keineswegs behoben, sondern verstärkt worden.

Aus all den Vorgängen wird auch den politisch interessierten Kräften außerhalb Bayerns klar, daß

den wirklich stabilen Faktor, ja, man kann sagen, die Klammer zwischen Bonn und Bayern, die SPD darstellt. Sie hat die Kampfansage, die in dem Ruck nach der Bayern-Partei hin durch die CSU erfolgt ist, aufgenommen und ist gewillt, ohne persönliche Rücksichten den Kampf um die demokratische Entwicklung zu sichern und die aus der Geschichte wohl bekannten verhängnisvollen Kräfte bei ihren versuchten Angriffen auf die fortschrittliche Gestaltung Westdeutschlands zurückzuschlagen. In diesem Sinne liegt eine Äußerung, die der Landesausschuß der SPD zur Wahl Dr. Ehards der Öffentlichkeit übergab.

04523-0014-000

Die Welt (Hamburg)

63

Nr.

## „Bayern in Deutschland“

Eine Erklärung des neugewählten CSU-Vorsitzenden Dr. Ehard

Von unserem Berichterstatter

J. A. München, 30. Mai

Der am Sonnabend neugewählte Landesvorsitzende der bayrischen CSU, Ministerpräsident Dr. Ehard, erklärte am Sonntag vor der CSU-Landesversammlung zur Stellung Bayerns im deutschen Bundesstaat: „Es kann nicht heißen: hier Deutschland — hier Bayern, sondern es kann nur heißen: Bayern in Deutschland!“ Eine Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westdeutschland darf sich nach Ehards Auffassung vorläufig nur auf wirtschaftlichem Gebiet anbahnen. Die Gefahr einer Zentralisierung sei schon jetzt sehr groß und könne nur durch die Gegenüberstellung eines entsprechenden Machtfaktors gebannt werden.

### Der Sturz des „Ochsensepp“

In der mit Spannung erwarteten Neuwahl zum Landesvorsitzenden der CSU ging Ministerpräsident Dr. Ehard mit 396 von insgesamt 549 abgegebenen Stimmen der Delegierten als Sieger hervor. Der bisherige Vorsitzende Dr. Josef Müller — allgemein „Ochsensepp“ genannt — unterlag als einziger Gegenkandidat mit 151 Stimmen.

Die freie Entscheidung für Dr. Ehard wird in politischen Kreisen als Wahl einer ausgleichenden Persönlichkeit angesehen, die im Augenblick allein imstande sei, die Gefahr einer Spaltung der CSU in einen Müller- und einen Hundhammer-Flügel zu bannen.

Der Wahl ging eine stürmische Aussprache voraus, in der Dr. Hundhammer seine Einwände gegen Dr. Müller vorbrachte und unter anderem feststellte, daß die CSU mit 200 000 DM Schulden in den Wahlkampf gehe. Die finanzielle Opferbereitschaft der Mitglieder werde erst dann wieder steigen, wenn eine

Parteiführung vorhanden sei, zu der man Vertrauen haben könne.

### Im Schatten der „bayrischen Front“

Dr. Müller dagegen beschuldigt den Kultusminister, mit unfairen Methoden gearbeitet zu haben. Dr. Hundhammer grolle ihm vor allem deshalb, weil er 1946 gegen das Amt eines Staatspräsidenten in Bayern gestimmt habe.

Ferner beschuldigte Dr. Müller den Kultusminister, daß dieser in engster Verbindung mit dem Münchner Bankier Konsul Schmidhuber stehe, der an seiner Verhaftung durch die Gestapo schuld sei. Schmidhuber arbeite heute als Agent des französischen Nachrichtendienstes und habe offen bekannt, daß er ein Vertrauensmann General de Gaulles sei.

Auf Vorhaltungen gab Dr. Hundhammer ferner zu, mit Staatsrat Schäffer, Dr. Hoegner und Dr. Baumgartner in den letzten Wochen über die Bildung einer „bayrischen Front“ verhandelt zu haben.

### SPD: „Mit größtem Mißtrauen“

Der Landesausschuß der bayrischen SPD bezeichnete die Wahl Dr. Ehards als eindeutige Neuorientierung der CSU nach der extrem-föderalistischen Linie Dr. Hundhammers und als Annäherung an die Politik der Bayern-Partei, die die Sozialdemokratie mit größtem Mißtrauen verfolge.

Der Landesausschuß der Bayern-Partei forderte auf einer Sitzung in Ingolstadt den Rücktritt des bayrischen Ministerpräsidenten Dr. Ehard und die Selbstauflösung des Landtags. Das „bayrische Volk“ könne und werde eine innere Verbindlichkeit des Bonner Grundgesetzes niemals anerkennen. Das Grundgesetz verbaue den Weg zu einem europäischen Föderalismus und lege den Keim zu neuen Krisen und Katastrophen.



04523-0015-000

# Neue Zürcher Zeitung

150

## Die Wahl Ehards zum Landesvorsitzenden der C. S. U.

Eigener telephonischer Bericht

Qu. München, 31. Mai

Auf der mit größter Spannung erwarteten Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union in Straubing wurde Ministerpräsident Dr. Ehard mit 396 von 566 Stimmen zum Landesvorsitzenden der C. S. U. gewählt, während der bisherige Landesvorsitzende, der stellvertretende Ministerpräsident und Justizminister Dr. Joseph Müller mit 161 für ihn abgegebenen Stimmen unterlag. Die Wahl des ersten Mannes Bayerns, der die Mitte der C. S. U. repräsentiert, zum Leiter ihrer Geschicke dürfte zurzeit die bestmögliche Lösung gewesen sein, um ein Auseinanderfallen der in einer Dauerkrise befindlichen Regierungspartei zu verhüten. Ihre Geschlossenheit ist in Anbetracht der bevorstehenden Wahlen zum Bundesparlament und angesichts des Wunsches, eine möglichst breite Grundlage für eine konstruktive föderalistische Politik im Bund zu besitzen, notwendiger denn je.

Es war bis zum letzten Augenblick ungewiß, ob Dr. Ehard das Amt annehmen würde, da er lange Zeit hindurch einer Kandidatur ablehnend gegenüberstand. Das große Ansehen, das er als Staatspolitiker innerhalb und außerhalb Bayerns genießt, wird ihn von nun an nicht davor schützen, im Brennpunkt parteipolitischer Polemik zu stehen. Die Belastungen, die aus der Kombination des Postens eines Ministerpräsidenten und eines Vorsitzenden einer in sich gespaltenen Partei resultieren, liegen auf der Hand. Dr. Ehard hat in Straubing erklärt, der Entschluß zur Uebernahme des neuen Amtes sei „die schwerste Entscheidung seines Lebens“ gewesen. Er habe sich aber zu ihr durchgerungen, um die Partei durch die Schwierigkeiten der nächsten Monate zu steuern.

Dem „Kapitän in Sturmzeit“ steht keine leichte Aufgabe bevor. Die C. S. U. hat zwar bei den Abstimmungen über das Bonner Grundgesetz die Fassade der Einigkeit aufgerichtet, aber hinter dieser Fassade bleiben die sich aus der großen „Flügelspannweite“ der Partei sich ergebenden sachlichen Gegensätze zwischen dem rechten, klerikal konservativen und extrem föderalistischen Flügel um den Kultusminister Dr. Hundhammer und dem linken, liberalen und gemäßigt föderalistischen Flügel um Dr. Müller unverändert bestehen. Die mit großer Heftigkeit in Straubing geführte Debatte gab hierüber hinreichenden Aufschluß.

Obwohl Dr. Ehard der „Mann der Mitte“ ist, gilt seine von Dr. Hundhammer propagierte Wahl als Sieg des Kultusministers über seinen Gegenspieler auf dem linken Flügel, ein Sieg, der vielleicht für manche unerwartet kam, weil sich die Position Hundhammer infolge seiner ablehnenden Haltung gegenüber der Bundesrepublik, die er freilich bei der Abstimmung im Landtag revidierte, ungünstig gestaltet hatte, während Müller als Deutscher und als Bayer geschickt operierte. Man nimmt an, daß bei der Entscheidung in Straubing auch der Wunsch nach einer Verbesserung der Beziehungen zur Bayernpartei mitgesprochen hat, um die Möglichkeit einer zukünftigen Regierungskoalition mit ihr offen zu halten.

Die Opposition hat ihre Niederlage unfreundlich aufgenommen. Joseph Müller hat, vielleicht unter dem ersten Eindruck der Enttäuschung, erklärt, er werde den Kampf gegen Ehard und Hundhammer aufnehmen. Diese Drohung könnte, wenn sie ausgeführt wird, durchaus von praktischer Bedeutung werden, da er mit der Unterstützung von nur zwölf Abgeordneten der C. S. U. in der Lage wäre, die Regierung im Landtag zu stürzen und damit dem Wunsch der übrigen Parteien nach einer Auflösung des Landtags entgegenzukommen. Nach Meldungen aus Franken werden die dortigen evangelischen Kreise ihre Haltung gegenüber der Regierung überprüfen. Die schon früher ventiliierte Frage, ob ihr Anschluß an die Christlich-Demokratische Union der andern westdeutschen Länder wünschenswert sei, ist wieder aufgetaucht. Trotz diesen Reaktionen ist aber im allgemeinen eine gewisse Beruhigung spürbar.

Politik ist als die Kunst, Willensgegensätze auf Grund einer Willensgemeinschaft zu organisieren, definiert worden. Dr. Ehard wird ausgiebig Gelegenheit haben, diese Kunst zu üben, um seine Partei auf der gemeinsamen „christlich-sozialen“ Grundlage zu der großen einheitlichen Partei der Mitte zu gestalten.

# Interpress (Hamburg)

№ 2 4 3 = =

Ausgabe Politik

243/1949

Dr. Hans Ehard

Gewissensföderalist von Bonn

Als voraussichtlicher Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland wird wahrscheinlich Dr. Hans Ehard beim ersten Bonner Staats-empfang als Gastgeber repräsentieren.

(Interpress) - Zwischen den Sätzen einer Mozart-Serenade wird am Mittwoch der Bundesrat in Bonn seinen Präsidenten wählen. An Kopfzahl und Festgepränge kann die Vertretung der Länder bei der Bonner Republik mit der grossen Eröffnungs-sitzung des Bundestages nicht konkurrieren. Dafür ist der Bundesrat dem Bundestag um einige Programstunden voraus, und der Bundesratspräsident wird es daher sein, der am Mittwoch im Bonner "Königshof" zum ersten grossen Staatsempfang ein-läd. Wahrscheinlich wird Bayerns Ministerpräsident Dr. Ehard die Gäste, unter anderen auch die Hohen Kommissare der west-lichen Besatzungsmächte, begrüßen. Der durchgeistigste Jurist mit der ebenso vornehmen wie leichten Verbindlichkeit wird dabei bestimmt keine schlechte Figur abgeben. Es ist noch gar nicht lange her, dass manche Leute an ihn als Bonner Bundespräsident und Staatsoberhaupt dachten. Das ist vorbei, seit seine bayerischen Parteigenossen von der CSU im Mai so dramatisch ihre Ablehnung gegen das Bonner Grundgesetz demon-strierten.

Den Trostpreis Bonns für Dr. Ehard hat man die Bundesrats-präsidenschaft genannt. Es wird sich zeigen, ob Bayerns Ministerpräsident aus diesem neuen Bonner Amt nicht einiges mehr macht. Zwar ist der Bonner Bundesrat mit dem des ersten Kaiserreiches, in dem Bismarck das Präsidium führte und der das höchste Staatsorgan des Kaiserreiches überhaupt war, nicht zu vergleichen. Eher schon mit dem Reichsrat der Wei-marer Zeit! Von dem wurde allerdings nicht viel gesprochen.

wenden!



Das wird im kommenden Bundesrat anders sein, denn dort hat nun ein Bayer, und zwar der bayerische Ministerpräsident selbst den Vorsitz. Und wenn Dr. Ehard auch kein Urbayer ist - das föderalistische Gegenspiel des Bundesrats gegen Bundesregierung und Bundestag in Gang zu halten, ist ihm Gewissensfrage. Er wird es immer als Mann des Rechts tun. Dafür ist er Berufsjurist von hohen Graden. Er wird es ausserdem als Mann des Ausgleichs tun. Als solcher hat er sich im Parteilieben seiner Heimat, als Regierungschef in München und nicht zuletzt bei dem ersten stürmischen Auftreten seiner Bayern in Bonn gegen das Grundgesetz erwiesen. Eigentlich hatte der Bamberger Stadtkämmerersohn Arzt werden wollen. Seine erste Erwähnung in der Politik fand er 1924 ohne eigenes Zutun als Anklagevertreter im Münchener Hitler-Prozess. Das kostete dem Anhänger der Bayerischen Volkspartei 1933 den Amtssitz und die bis dahin aussichtsreiche Laufbahn im Justizministerium. Sein Ruf als Jurist war schon damals so bedeutend, dass er politisch nur durch Versetzung in den Zivilsenat des Oberlandesgerichtes kaltzustellen war. 1945 erschien der so unbayerisch wirkende Goethe-Verehrer, Musikfreund und leidenschaftslose Mann auf dem rechten Flügel der CSU. Von dort wurde er eigentlich nur deshalb zum Ministerpräsidenten gewählt, weil die eigene Partei sich nicht einig war. Nicht viel anders war es bei Ehard's kürzlicher Wahl zum Parteivorsitzenden. Als Ministerpräsident und Staatsmann hat der Neuling in der Politik überraschendes Format und Geschick gezeigt. Er wird die Chancen Bayern im Bundesrat sicherlich ausnutzen, aber "vernünftig" und "ohne Agitation". Sein Arbeitsprogramm für Bonn: der föderative Aufbau muss erhalten bleiben, Deutschland darf nicht zentralistisch werden. Das ist echt Ehard: gut bayerisch, aber auch deutsch. Und wenn er in Bonn als erster Gastgeber die Honneurs macht, dann tut er es als überzeugter Anhänger einer solchen nationalen Repräsentation.

Ehard, Hans, deutscher Staatsmann.- Biographische Angaben bis März 1949 siehe Interpress, Internationaler Biographischer Pressedienst Nr. 80 vom 18. März 1949.- Wurde am 28. Mai 1949 mit 369 von 549 Stimmen der Landesversammlung des CSU-Landesverbandes Bayern zum CSU-Landesvorsitzenden gewählt. Wird Anfang September 1949 als aussichtsreichster Kandidat für das Amt des Bundesratspräsidenten in Bonn genannt, im Fall seiner Wahl am 7. September 1949 in Bonn der erste gewählte Repräsentant der Bundesrepublik Deutschland sein und in dieser Eigenschaft am Nachmittag des gleichen Tages den ersten Staatsempfang in Bonn geben.  
Interpress (Hamburg)

5.9.49

Hans Ehard

Nr. 199/1950

Der bayrische Attlee

Bayerns Regierungschef Dr. Hans Ehard  
gilt als sicherer Kandidat für den Po-  
sten des Bundesratspräsidenten.

(Interpress) - Den "bayrischen Attlee" nannte man ihn, weil er mit seinem englischen Kollegen die Gabe des Ausgleichs gemeinsam hat. Und ein Karikaturist drückte Münchens Regierungschef Dr. Hans Ehard einen Regenschirm in die Hand, den er als Symbol für seine vermittelnde Haltung über die streitenden Mitglieder der bayrischen CSU-Familie spannt. Solche Gegensätze sind im Bonner Bundesrat nun weniger akut als etwa im grossen Plenarsaal mit seinem Gegen- einander der Parteien. Aber es kann nicht schaden, wenn wenigstens auf dem Präsidentenstuhl über dem Länderparlament ein Mann thront, der als "ehrlicher Makler" zwischen den Interessen bereits einen Ruf, besser noch: Nimbus besitzt. Um Haaresbreite hätte Dr. Ehard sein künftiges Amt, das im ersten Kaiserreich übrigens Bismarck bekleidete, schon vor einem Jahr erhalten. Damals wurde ihm jedoch von seinem Parteikollegen Karl Arnold der Rang abgelaufen.

Es ist noch gar nicht lange her, dass manche Leute an den Bam- berger Stadtkämmerersohn als westdeutsches Staatsoberhaupt dachten. Jedenfalls bringt der 63jährige mit dem Aussehen eines Vierzigers für repräsentative Aufgaben alle Voraussetzungen mit. Neutrale Persönlichkeiten von seinem Format sind nicht zuletzt in Bonn kei- ne Dutzenderscheinungen. Wenn Dr. Ehard auch kein Urbayer ist - das föderalistische Gegenspiel des Bundesrates gegen Regierung und Bundestag in Gang zu halten, dürfte ihm eine Gewissensfrage sein. Das hat er schon bei dem ersten stürmischen Auftreten seiner Bonner Bayern gegen das Grundgesetz bewiesen. Ehard's Devise lau- tet: gut bayrisch, aber auch gut deutsch. Mit anderen Worten: der föderative Aufbau muss erhalten bleiben, Deutschland darf nicht zentralistisch werden.

Der Goethe-Verehrer und Freund kleiner Hauskonzerte, dessen Lieblingsneigungen schwanken zwischen Autofahren und historischen Studien, ist dabei keineswegs Politiker aus Leidenschaft. Sein er- ster heimlicher Berufswunsch war der, Arzt zu werden. Statt dessen kam er zur Jurisprudenz. Als Untersuchungsführer und zweiter An- klagevertreter im Hitler-Prozess 1923 machte er sich die National- sozialisten zu erbitterten Feinden. 1933 musste er dafür zwar als Ministerialrat das Reichsjustizministerium verlassen. Sein fach- licher Ruf war jedoch so ausgezeichnet, dass er politisch nur durch Versetzung an ein Oberlandesgericht kaltgestellt wurde.

Für "spätere Zeiten" äusserte Dr. Ehard einmal den Wunsch, fern dem hastenden Alltag Bücher zu schreiben: eines über die Erfahrun- gen eines Richters und Politikers - die Geschichte seines Lebens also, und ein anderes über Amerika. Dort ist er noch nie gewesen.

5.9.1950

Ehard, Hans, deutscher Staatsmann. - Biographische Angaben sie-  
he Interpress, Internationaler Biographischer Pressedienst,  
Nr. 80/1949 vom 18. März 1949 (Hans Ehard - Parteichef des  
Ausgleichs?).  
Interpress (Hamburg)

5.9.1950



04523-0019 - BEC  
Frankfurter Allgemeine  
№ 209

## Ehard Präsident des Bundesrates

We. München, 8. September.

Der bayerische Ministerpräsident, Dr. Ehard, ist ein in Ausdruck, Gesten und Worten sparsamer Mann. Es wollte etwas heißen, als er vor zwölf Monaten von einer schmerzlichen Ohrfeige sprach, die man ihm verabreicht habe. Das war nach der Wahl des Ministerpräsidenten Arnold zum ersten Bundesratspräsidenten. In München nannte man es tragisch, daß der Mann, der den Kampf um die Schaffung eines Bundesrats als einer starken Ländervertretung fast allein gegen die Anhänger des Senats-Systems durchgestanden habe, nun in eine von ihm nie gewollte Opposition gedrängt worden sei. In Bonn redete man damals von einer „bayerischen Krise“ und befürchtete weitgehende Konsequenzen für den Aufbau der anderen Bundesorgane.



Vier Wochen später war Arnold in München, und Ehard erklärte bei der Gelegenheit, man könne auf die Dauer mit Ressentiments keine Politik machen. Die Bemerkung war bezeichnend für ihn. Er ist immer Vertreter der Mitte und des Ausgleichs. Er ist es so sehr, daß seine Freunde manchmal wünschen, er möge hier und da etwas mehr Farbe haben. Aber man sollte seine Auffassung von der Kunst des Möglichen in der Politik nicht für Schwäche halten. Er hat mit ungemeiner Zähigkeit seinen Standort verteidigt, als es darum ging, die Position

der Länder im Bund abzustecken. Es ist nicht ganz einfach, im eigenen Lande von der einen Seite des „Verrats an Bayern“ geziehen zu werden und von der anderen des Verrats am Bund und, mit einem solchen Gepäck belastet, die klare Linie zu halten. Die einen haben ihm vorgehalten, er stelle seine Politik nicht genügend auf Protest und Verneinung ab, die anderen, er erhebe mit zu großem Nachdruck seine Forderungen nach einer konstruktiven föderalistischen Staatsentwicklung.

Mittlerweile hat es sich gezeigt, daß er den richtigen Weg ging. Nach dem Scheitern der von Bayern einberufenen gesamtdeutschen Ministerpräsidentenkonferenz 1947 in München war er bei denen, die auf die Errichtung eines westdeutschen Staatswesens drängten, wenn schon das Ganze nicht erreichbar war. Man hat ihm das jenseits der Elbe nicht vergessen. Ehard sah auch früher als andere, was drüben vor sich ging, und in diesen Dingen ist er ganz und gar nicht kompromißfreudig.

Wenn die diesjährige Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union, deren völliges Auseinanderfallen vor noch nicht langer Zeit vorausgesagt wurde, ein erstaunliches Bild der Konsolidierung bot, so ist auch das ein Erfolg des Mannes der Mitte. Man hatte ihn, als die Kontroversen zwischen Müller und Hundhammer die Partei fast ruiniert hatten, zum

Landesvorsitzenden gemacht, und das Wunder war geschehen.

Ehard ist kein Politiker von Hause aus. Seit seiner Berufung als Staatsanwalt in das bayerische Justizministerium im Jahre 1919 deutete nichts darauf hin, daß er den Justizdienst jemals verlassen würde. Aber im Oktober 1945 berief man ihn als Staatssekretär in die bayerische Regierung, und ein Jahr später war er Ministerpräsident.

Seine Wahl zum Bundesratspräsidenten ist für die Stellung Bayerns im Bund von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die Position seiner Partei wird dadurch im kommenden Wahlkampf in Bayern erheblich gestärkt werden. Der Bundesrat hat sich entgegen ernststen Besorgnissen vor einem Jahr, von der bayerischen Staatskanzlei aus gesehen, zu einem nützlichen Instrument des Ausgleichs entwickelt. Man darf sicher sein, daß Ehard auf ihm zu spielen verstehen wird.

04523-0020 - BEC  
Neue Zürcher Zeitung

№ 2 5 2

**Der neue Präsident  
des westdeutschen Bundesrates**

*Tel. unseres Korrespondenten*

*Qu. München, 9. September*

Die Wahl des bayrischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard zum Präsidenten des Bundesrates wird hier mit großer Genugtuung begrüßt. Nachdem bereits jetzt gebürtige Bayern als Minister Sitz in der Bundesregierung haben, wird das Land durch diese Wahl an der für die Durchsetzung föderalistischer Ansprüche entscheidenden Stelle an der Bundesführung teilhaben und verfügt also über Einflußmöglichkeiten, die unvergleichlich größer sind als in der Weimarer Republik, in der Bayern resigniert abseits stand.

Dr. Ehard hat seinerzeit bei den Verfassungsberatungen das Prinzip des Bundesrates gegenüber den Anhängern des Senatsgedankens mit großer Energie verfochten, so daß bei der Konstituierung der Bundesrepublik vor einem Jahr seine von Dr. Adenauer unterstützte Nominierung für das Amt des Bundesratspräsidenten gesichert schien. Als in letzter Stunde der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, seinen Anspruch auf den Posten erhob und durchsetzte, fiel ein tiefer Schatten auf die Beziehungen Bayerns zum Bund — man sprach von einer schweren Brückierung, und Dr. Ehard gab seiner persönlichen Verstimmung unmißverständlichen Ausdruck.

Im Laufe der Zusammenarbeit des abgelaufenen Jahres hat sich dieser Schatten gelichtet. Dr. Ehard stattete in seiner Ansprache am Freitag seinem Vorgänger Karl Arnold Dank für „die würdige und umsichtige Geschäftsführung“ ab und stellte fest, daß „der Bundes-

rat im Sinne seiner verfassungsmäßigen Bestimmung richtig angetreten und im Begriffe ist, sich auf seine im Grundgesetz vorgesehene Funktion einzuspielen“. Es darf angenommen werden, daß dieser Prozeß sich unter der Leitung Dr. Ehards beschleunigt und daß der Bundesrat, wie es Dr. Ehard forderte, „sich im Rahmen seiner gegebenen Möglichkeiten so wirksam und förderlich wie möglich zur Geltung bringt“.

Dr. Ehard gilt für seinen neuen Posten als in hohem Grade qualifiziert. Er hat es während seiner nun fast vierjährigen Amtszeit als *bayrischer Ministerpräsident* sowohl als Politiker wie als Mensch verstanden, ein großes Kapital von Vertrauen zu gewinnen. Die staatsmännische Klugheit und Fairness, mit der er die Geschäfte geführt hat, haben ihm den Respekt auch seiner politischen Gegner erworben, und die Geschicklichkeit, die er als Landesvorsitzender der Christlichsozialen Union entwickelte, um die feindlichen Flügel seiner Partei zu einigen, zeigte ihn als den *geborenen Vermittler*. Wie die „Süddeutsche Zeitung“ in ihrem Kommentar vermerkt, hat Dr. Ehard in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des zwischenstaatlichen Ausschusses im Bundesrat immer wieder vor übereilten außenpolitischen Abenteuern gewarnt und in der Zusammenarbeit mit der Bundesregierung unter Beweis gestellt, daß er einerseits nicht ein „junger Mann“ Adenauers ist, anderseits aber im Grundsätzlichen politisch sehr viel Gemeinsames mit ihm hat.

19. Dez. 1950

04523-0022-BEC

## Die Neue Zeitung (München)

Nr 300

### Ehard wieder Kabinettschef



Ministerpräsident Dr. Hans Ehard

(Photo: dpa)

München, 18. Dezember (NZ). — Der bayerische Landtag wählte am Montagnachmittag in geheimer Abstimmung den bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard erneut zum Regierungschef. Von den insgesamt abgegebenen 204 erhielt Ehard 131 Stimmen. 68 Abgeordnete enthielten sich der Stimme, 4 stimmten für den bisherigen Innenminister Willi Ankermüller und einer für den ehemaligen Abgeordneten Otto Scheffbeck. Ehard dankte für das vom Landtag bewiesene Vertrauen und nahm die Wahl an. Er wurde darauf feierlich auf die Verfassung vereidigt.

Der Ministerpräsident gab sodann die Liste seines Kabinetts bekannt, die allerdings noch unvollständig ist. Insbesondere steht die Person des Kultusministers und des Finanzministers noch nicht fest. Stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister wurde Staatsrat Wilhelm Högner (SPD), Staatssekretär für das Flüchtlingswesen der Vorsitzende des BHE, Theodor Oberländer. Josef Müller (CSU) bleibt Justizminister, Wirtschaftsminister bleibt Hanns Seide. Auch das Landwirtschaftsministerium verbleibt in der Hand von Alois Schlögl (CSU). Der bisherige Arbeitsminister Heinrich Krehle (CSU) wird Staatssekretär im Arbeitsministerium. Der bisherige Ministerialdirektor und Leiter der Hauptabteilung Arbeit im Arbeitsministerium, Richard Oechsle (SPD), ist der neue Arbeitsminister.

Den Nachfolger für Alois Hundhammer als Kultusminister, den die CSU stellen wird, sowie den neuen Finanzminister, der der SPD angehören soll, wird Ehard am Dienstag vorschlagen.